

Vorlage Nr. I/212/2012
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Beteiligung an dem bundesweiten Projekt D 115 zur Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit

hier: Sachstand zur Neuordnung der Telekommunikationsinfrastruktur

A Problem

Der Magistrat hat am 11.07.2012 beschlossen, dass der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien die swb / EWE TEL AG (ehemals nordcom) im Einvernehmen mit der Magistratskanzlei mit der Durchführung einer Telefonverkehrsmessung für die Sammelnummern 590 und 9800 beauftragt. Die swb / EWE TEL AG (ehemals nordcom) sollte sich hierbei, analog Bremen, eines Unterauftragnehmers – Firma crosslines GmbH – bedienen, die die Rohdaten erhebt und auswertet.

Herrn Stadtrat Neuhoff wurde in diesem Zusammenhang zugesagt, zum Projekt D 115 den gesamten Projektablauf einschließlich des Zeitplanes sowie der absehbaren finanziellen Auswirkungen darzustellen.

B Lösung

Auf der Grundlage des Magistratsbeschlusses vom 21.10.2009 (Protokoll Nr. 952) wurde der seit vielen Jahren bestehende Vertrag mit der swb / EWE TEL AG (ehemals nordcom) vorzeitig um 5 Jahre bis zum 31.12.2014 verlängert. Das Rechnungsprüfungsamt hatte in diesem Zusammenhang seine Erwartung geäußert, dass keine weiteren Verlängerungen stattfinden und eine europaweite Ausschreibung durchgeführt wird. Eine Neuordnung der Telekommunikationsinfrastruktur bei der Stadtverwaltung ist daher innerhalb dieses Zeitraumes zwingend notwendig. Sowohl die Erstellung eines Gesamtkonzeptes als auch die europaweite Ausschreibung kann nur mit Unterstützung externer Beratungsunternehmen geleistet werden. Da die vorzeitige Vertragsverlängerung auch mit einer Kostenreduzierung verbunden war, sollte ein Teil der Kostenreduzierung genutzt werden, um den Aufwand für die externen Berater zu finanzieren. Die notwendigen Markterkundungen sind abgeschlossen. Mit der Beauftragung eines Beratungsunternehmens zur Erstellung eines Telekommunikationskonzeptes ist daher in nächster Zeit zu rechnen.

Im Rahmen der Neuordnung der Telekommunikationsstruktur ist u.a. auch über die Organisation der Telefonvermittlung bzw. Telefonzentrale zu entscheiden (z.B. Call-Center, Service-Center, D 115 oder „klassische“ Telefonzentrale). Der Magistrat hat mit Hinweis auf die bremsischen Aktivitäten am 09.12.2009 (Protokoll Nr. 1095) seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich an dem bundesweiten Projekt D 115 zu beteiligen. Überlegungen dazu sollten jedoch im Rahmen des Gesamtkonzeptes zur Telekommunikation berücksichtigt werden.

Die Stadt Bremen ist dem D 115 Verbund offiziell am 01.03.2011 beigetreten und hat ein großes Interesse daran, dass auch die Stadt Bremerhaven diesem Verbund baldmöglichst beitrifft. Leitgedanke des Projektes D 115 ist, dass die öffentliche Verwaltung unter einer einzigen Telefonnummer kompetente Auskünfte über ihre Leistungen gibt. Die D 115 Projektcharta setzt u.a. voraus, dass die teilnehmenden Kommunen ein funktionsfähiges Servicecenter in das Projekt einbringen, d.h. sie bauen ein eigenes Servicecenter auf oder beteiligen sich an einem beste-

henden Servicecenter.

Die beschlossene Verkehrsmessung stellt die Grundlage für alle weiteren Überlegungen dar. Nach Vorlage und Auswertung der Messergebnisse wird zu prüfen sein, ob und unter welchen Voraussetzungen (Sach- und Personalkosten) die Einrichtung eines eigenen Servicecenters oder die Beteiligung an einem bestehenden Servicecenter möglich ist, um sich an dem bundesweiten Projekt D 115 zu beteiligen. Denkbar ist natürlich auch, auf eine Beteiligung an dem bundesweiten Projekt zu verzichten.

Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise werden im 1. Halbjahr 2013 erfolgen; insoweit sind derzeit keine Aussagen über finanzielle Auswirkungen möglich.

C Alternativen

Keine.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Derzeit keine finanziellen / personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Für eine Genderrelevanz bestehen keine Anhaltspunkte.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Für eine Veröffentlichung im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes geeignet.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat nimmt die Ausführungen zur Beteiligung an dem bundesweiten Projekt D 115 zur Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit, hier: Sachstand zur Neuordnung der Telekommunikationsinfrastruktur, zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister